

Zeitschrift für angewandte Chemie

Bd. II, S. 741—748 | Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten | 7. November 1919

Wochenschau.

24./10. 1919.) Bei allen Schwierigkeiten, welche in den letzten Monaten hinsichtlich der Neugestaltung unserer politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Innern sich uns in den Weg stellten, ist nicht zu leugnen, daß es gelungen ist, den Willen zur Arbeit zu stärken. Sind wir auch weit davon entfernt, der Streiklust Herr geworden zu sein, so steht doch fest, daß die radikalen Elemente es nicht gewagt haben, die Ruhe, welche wir so dringend nötig haben, aufs neue zu stören. Gefährlich wäre es jedoch, wollten wir die Möglichkeit neuer Putschs ganz aus den Augen lassen. In den verschiedenen Industrie-revieren hält die Regierung straffe Ordnung, ohne welche Maßnahmen es nun einmal nicht möglich ist, regelmäßige und nutzbringende Arbeit zum Wohl des Ganzen zu leisten. Dieser Ansatz zur Besserung ist trotz Kohlennot und Valutaschwierigkeiten vorhanden, und wenn alle Kräfte das ihrige zum Ausbau beitragen, darf man es wohl als gesunden und gewiß nötigen Optimismus bezeichnen, wenn man annimmt, daß nach etwa einem halben Jahr, nachdem wir die Gefahren dieses Winters überstanden haben, mit dauernder Besserung unserer allgemeinen Verhältnisse voraussichtlich gerechnet werden kann. — In der Industrie hat die bessere Ernährung der letzten Monate zur Erzielung größerer Leistungen wesentlich beigetragen. Letztere müssen unter allen Umständen gefestigt und womöglich gesteigert werden, wenn wir die durch den unglücklichen Ausgang des Krieges verlorengegangene Stellung an Weltmarkt wiedergewinnen wollen. Dies ist jedoch unmöglich, wenn auch nur ein Glied in der Kette versagt, welche zur Rückgewinnung unserer früheren Stellung führt. In dieser Beziehung drohen aber ernste Gefahren durch mangelhafte Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln und Bodenerzeugnissen, denen nicht entschieden genug entgegengetreten werden kann. Kommt unsere Industrie zum Erliegen, diese Möglichkeit ist nicht von der Hand zu weisen, wenn nicht alle Kreise der Bevölkerung sich ihrer Pflicht bewußt sind, so werden wir letzten Endes vor einem Chaos stehen, das zu entwirren unmöglich sein dürfte. In landwirtschaftlichen und Handelskreisen wird zum Teil recht ungestüm die Aufhebung der Zwangswirtschaft verlangt, ein Verlangen, das unter den jetzigen Verhältnissen nicht erfüllt werden kann. Eingeführt wurde sie in der ersten Zeit des Krieges, um jedem seinen Anteil an der Erzeugung, die eben zu gering war, um alle Wünsche zu befriedigen, zu sichern und niemand zu bevorzugen. Daraus folgt, daß sie auch erst dann abgebaut werden kann, wenn die Versorgung der Allgemeinheit keine Schwierigkeiten mehr bietet. Da dieselben aber in fast unvermindertem Maße fortbestehen, ist die sofortige Aufhebung der Zwangswirtschaft ein Unding. Aus verschiedenen Teilen des Reiches mehrten sich die Meldungen, daß die Ablieferungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse nur unvollständig oder überhaupt nicht mehr erfolgen. Zu den Transportschwierigkeiten kommen also Streikgelüste in der Landwirtschaft, die größte Gefahr, welche unserer Wirtschaft drohen kann. Wenn die Landwirtschaft der Industrie auf solche Weise in den Rücken fällt, dann beschwört sie selbst die Gefahr herauf, daß ihr Düngemittel und Brennstoffe unmittelbar und mittelbar auch andere wichtige Gegenstände des täglichen Bedarfs nicht mehr geliefert werden können. Das wird aber der Fall sein, wenn die Belieferung der Großstädte mit den wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnissen ins Stocken gerät. Im nördlichen Teil des Rheinlandes findet ein schwungvoller Schmuggelhandel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen über die Grenze statt, welche später zu weit höheren Preisen den Weg zurücknehmen. Ein solch gewissenloses Verhalten der Verkäufer kann nicht genug verurteilt werden. Wenn wir auch weit davon entfernt sind, anzunehmen, daß die Erzeuger im allgemeinen sich solch eine Handlungsweise zu eigen machen, so liegt doch eine große Gefahr für unsere Ernährung im kommenden Halbjahr darin, falls auch nur wenige sich der Erfüllung ihrer Verpflichtungen auf diese Weise entziehen. Es muß Ehrensache der landwirtschaftlichen Korporationen sein, in Verbindung mit der Regierung einem solchen Treiben zu steuern. Wenn wir diese heikle Frage berühren, so leitet uns hierbei die Sorge um unsere Industrie, welche untergehen muß, wenn dem Industriearbeiter die so dringend notwendige Ernährung versagt wird. Geht es aber der Industrie schlecht, dann muß letzten Endes einmal auch die Landwirtschaft zusammenbrechen. Die eine ist ohne die andere nicht lebensfähig. Höchst bedenklich ist es, wenn hier und da wegen ungenügender Ablieferungen zur Selbsthilfe geschritten worden ist. Ein wesentlicher Grund für vielfach ungenügende Belieferung sind die schwierigen Transportverhältnisse. Um so weniger darf daher zur Selbsthilfe

geschritten werden, sondern es muß der Regierung überlassen bleiben, die Säumigen zur Erfüllung ihrer Pflichten anzuhalten. Wir vertrauen darauf, daß es den landwirtschaftlichen Körperschaften gelingen wird, auf ihre Mitglieder so viel Einfluß auszuüben, daß diese der Not des Volkes auch das richtige Verständnis entgegenbringen.

Der gesamte Personenverkehr auf der Eisenbahn ist im Laufe der Woche erheblich eingeschränkt worden, um Betriebsmittel zur Beförderung von Brennstoffen und Lebensmitteln frei zu bekommen. Die Allgemeinheit muß sich auf diese Weise große Einschränkungen auferlegen, womit anscheinend zunächst erst der Anfang gemacht ist. Ohne weitere wesentliche Einschränkungen wird es aber nicht möglich sein, der Transportschwierigkeiten Herr zu werden. Wir müssen uns auf alle Fälle darauf einrichten, daß schon in nächster Zeit neue Beschränkungen des Personenverkehrs auf der Eisenbahn eingeführt werden.

Die nahe Zukunft der Industrie im allgemeinen und der chemischen Industrie im besonderen wird wenig günstig beurteilt. Im Lauf der Berichtswoche machten sich geringe Anzeichen der Besserung, aber desto größere der Verschlechterung geltend. Die Versorgung mit Brennstoffen ist für die meisten Betriebe in ein kritisches Stadium getreten, so daß an vielen Stellen erhebliche Betriebseinschränkungen sich als notwendig erwiesen. Im großen und ganzen lebt die Industrie bei der Versorgung mit Brennstoffen von der Hand in den Mund. Hoffentlich wird den Bergarbeitern durch ungenügende Versorgung mit Bodenerzeugnissen, wobei es in erster Linie auf Brot und Kartoffeln ankommt, nicht Veranlassung zu Arbeitseinstellungen gegeben. Besser lauten die Aussichten der chemischen Industrie insofern, als von Nordamerika wesentliche Erleichterungen bei der Einfuhr deutscher Farbstoffe gemeldet werden, welche zwar zeitlich begrenzt sein sollen, einmal eingeführt aber von der amerikanischen Textilindustrie wohl kaum preisgegeben werden. Ebenso macht der Handelsvertragsverein darauf aufmerksam, daß bei der Einfuhr von Waren nach Italien große Erleichterungen zugestanden worden sind, wovon in erster Linie die chemische Industrie Nutzen zieht. Kommen wir auch nur schrittweise ganz langsam auf dem Wege der Besserung vorwärts, so genügt die einfache Tatsache, daß wir trotz der riesengroßen Schwierigkeiten wenigstens vorwärtskommen, und es wäre unverantwortlich, wenn durch Gegensätze zwischen Industrie und Landwirtschaft diese unter großen Opfern errungene Besserung mit einem Schlage wieder vernichtet würde. Der Arbeitswille in der Arbeiterschaft hat ganz entschieden Fortschritte gemacht und wird unleugbar auch weiter zunehmen, das setzt aber immer wieder voraus, daß ihr die Lebensmöglichkeit nicht geschmälert wird.

Die Kapitalmaßnahmen des Anilinkonzerns haben bei dem Haussettaumel an der Börse das breite Publikum im Laufe der Berichtswoche weniger interessiert, als dies sonst wohl der Fall gewesen wäre. Die Gelegenheit zur Ausgabe neuer Aktien ist jedenfalls günstig, sie wird vielleicht im Laufe der Zeit so bald nicht wiederkehren. Die verschiedenen Werke haben schon einmal während des Krieges wesentliche Erhöhungen ihrer Betriebsmittel eintreten lassen. Wer die Bewegungen von Aktien der führenden Werke in der chemischen Industrie in der letzten Zeit einigermaßen verfolgt hat, ist wohl zu der Überzeugung gelangt, daß nicht Kaufsturm des Auslandes und dadurch angeregte Spekulation des Inlandes allein die Ursache der steigenden Kurse gewesen ist. Eine mäßige Verzinsung der in der chemischen Industrie angelegten und während des Krieges ansehnlich erhöhten Kapitalien ist auch für das letzte Geschäftsjahr zu erwarten. Verstärkung der Betriebsmittel und Ausbau der Stickstoffabriken sind die Hauptursachen der Festlegung gewaltiger neuer Mittel in der chemischen Industrie. Andererseits dürfen wir hieraus aber auch immer wieder auf gesunde Aussichten am Weltmarkt im allgemeinen schließen, die sich jedoch nur dann erfüllen werden, wenn unsere gesamte Wirtschaft von Störungen verschont bleibt. Die größte Gefahr droht ihr aber, wenn die Ernährung in Unordnung geraten sollte. Aus diesem Grunde ist es jedenfalls als sehr klug zu bezeichnen, wenn Industriekonzerne wie Kohlsyndikat, Krupp usw., durch eigenes Vorgehen sich die Besserung der Ernährung der Arbeiterschaft angelegen sein lassen.

Die Preisfrage für Kohlen und Eisen ist für die nächsten Monate keineswegs gelöst, wenn wir einer Lösung in dieser Beziehung überhaupt noch einmal nahekommen werden. Der Schwierigkeiten dieser Materie sind wir uns aus eigener Anschauung bewußt. In Mitteleuropa wie im Osten sind inzwischen weitere Erhöhungen der Kohlenpreise zu verzeichnen, welche sich für Niederschlesien auf 19,75 M und Sachsen auf 27 M die t Kohlen einschließlich Kohlen-

und Umsatzsteuer belaufen. Auch im Westen stehen in den nächsten Tagen wichtige Entscheidungen in dieser Beziehung bevor; nachdem erst seit dem 1./10. anscheinliche Erhöhungen eingetreten sind. Wie diese Entscheidung nun ausfallen wird, zu wünschen ist jedenfalls, daß sie sich auf einen möglichst langen Zeitraum erstreckt, um endlich einmal wieder den Anfang mit einer stetigen Wirtschaftspolitik zu machen, die uns so bitter not tut. Wir erwarten von ihr auch entsprechende Rückwirkung auf die Lohnfrage. Wer den Abbau der hohen Löhne allen Ernstes betreiben will, muß zunächst dafür sorgen, daß sie nicht weiter steigen.

Die Börse ist nächst der Ernährung das größte Sorgenkind unserer Wirtschaft. In Wien ist am Schlußtage der Berichtswocche bereits starker Kurssturz eingetreten, den man wohl als Zusammenbruch bezeichnen kann und der auch an den deutschen Börsen deutliche Spuren hinterlassen hat. Die Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse wird unseres Erachtens überschätzt. Wenn die nach den Vorgängen in Wien auch an unseren Märkten eingetretene Schwäche schnell überwunden worden ist, so sollte sie dem breiten Publikum doch ein Zeichen sein, sich von der herrschenden Über Spekulation abzuwenden. Die angekündigte Kapitalerhöhung innerhalb des Anilinkonzerns hat die betreffenden Werte nicht gedrückt, wie das sonst bei solchen Maßnahmen der Fall ist. Die Aufwärtsbewegung machte trotz Wien weiter Fortschritte, wobei diesmal auch elektrische Werte einen hervorragenden Platz einnehmen. An der Frankfurter Börse notierten Aschaffener Zellstoff 255, Anglo-Kontinentale Guano 236,50, Badische Anilin und Soda 468,50, Gold- und Silberscheideanstalt 456, Chem. Fabrik Goldenberg —, Th. Goldschmidt 340, Chem. Fabrik Griesheim 269,50, Farbwerke Höchst 367, Verein chemischer Fabriken —, Chem. Fabrik Weiler 259, Holzverkohlung Konstanz 263,50, Rütgerswerke 220, Ver. Ultramarinfabriken 209,75, Schuckert Nürnberg 156, Siemens & Halske Berlin 225, Gummiwaren Peter 250, Kalkwerke Dornap 183, Lederwerke Rothe Kreuznach 168, Löhnberger Mühle —, Gasmotoren Deutz 162,25, Verein deutscher Ölfabriken Mannheim 190, Zellstoff-fabriken Waldhof 230, Ver. Zellstoff Dresden —, Zuckerfabrik Bad. Wagh. — und Zuckerfabrik Frankenthal 454%. —k.**

Gegen die Gründung von Chemikerschaften.

Von Hans Heller, Leipzig.

Aus der betrüblichen Tatsache, daß seit der Revolution „Zuckungen verschiedenster Art durch den Körper des deutschen Wirtschaftslebens“ gehen, leitet Herr Dr. Michon (in dieser Zeitschrift 1919, S. 693) die Notwendigkeit her, daß sich die Studierenden der deutschen Hochschulen zu „Chemikerschaften“ organisieren. Die Entschuldigung für solchen Zusammenschluß der Chemiestudierenden kann man offenbar nur darin finden, daß eine derartige Organisation notwendig und erwünscht ist. Den Beweis für die Notwendigkeit einer Organisation nunmehr auch der Studierenden der Chemie aber ist Herr Dr. Michon noch schuldig geblieben, es sei denn, man erkennt das Schlagwort seines Aufrufes „Organisation gegen Organisation“ als hinreichende Begründung an. Eine Beurteilung der Berechtigungsfrage des generellen Zusammenschlusses „bei sämtlichen am großen Wirtschaftsleben beteiligten Körperschaften“ lehnt Herr Dr. Michon selbst ja ab. Auch aus der Formulierung der „Aufgaben“ der Chemikerschaften vermag ich nicht deren Notwendigkeit zu folgern.

Obenan steht die Verbilligung des Studiums. „Nur noch die Söhne ganz reicher Eltern können heute Chemie studieren“. Wirklich? Nach meinen eigenen und mir von einwandfreier Seite gemachten Erfahrungen ist die Mehrzahl der Chemiestudierenden auch der nachkriegserischen Semester durchaus nicht „sehr reich“. Vielmehr mußte ich oft genug feststellen, daß gerade der schmale Geldbeutel des Vaters den äußeren Anlaß zum Studium der Chemie gab mit der Begründung, in der chemischen Industrie sei noch „etwas zu verdienen“, während die meisten anderen akademischen Berufe, vor allem der des Oberlehrers wegen Überfüllung aussichtslos seien. Und ist in der Tat insbesondere das Chemiestudium, dessen Beflissenen akademische Stipendien und mannigfache Unterstützungen in gleicher Weise wie Mitgliedern anderer Fakultäten zur Verfügung stehen, nicht oft deshalb teurer als notwendig, weil mangelhafte Handhabung von Apparaten und Methoden unverhältnismäßig große Kosten verursachen? Daß der Hochschulbesuch als solcher immer teurer wird, ist nicht erstaunlich. Das ist eine Teilerscheinung unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage überhaupt. Sie im Rahmen einer Chemikerschaft wesentlich beeinflussen zu wollen, wird man nicht ernsthaft verlangen. Eine Verbilligung des Chemiestudiums im besonderen durch von Herrn Dr. Michon geforderte Reformen erzielen zu können, bezweifle ich, sie wäre vielfach durch Opfer weit schwererer Art zu erkaufen.

So wurde als „Ziel“ der Leipziger Chemikerschaft die Übernahme der Glassachen in den Fonds der Laboratorien gefordert. Man darf versichert sein, daß die Laboratorienvorstände gute

Gründe dazu haben, wenn sie im allgemeinen dazu nicht geneigt sind. Der Erfolg würde der jedes unpersönlichen Besitzes (wir haben im Heere ja überreiche Erfahrungen gesammelt!) sein: mangelndes Interesse an den „nur“ geliehenen Sachen und in der Endsumme Verteuerung oder wenigstens Kostengleichheit. Ferner die Kontrolle über den Verkauf von Chemikalien und Geräten. Die Chemikerschaft Leipzig übt sie nach Dr. Michon bereits aus. Mir ist nichts Positives aus der Tätigkeit dieser Kontrolle bekannt. Und wiederum: ist es nötig, den Apparat einer organisierten Chemikerschaft in Bewegung zu setzen, weil die meisten Studierenden zu nachlässig sind, sich über das Geschäftsgefahren ihrer Lieferanten unterrichtet zu halten? Das heißt eben das im jungen Studenten erziehen, was ihm später in der Industrie so oft verhängnisvoll wird: Gleichgültigkeit gegen die kaufmännische Seite seiner Tätigkeit, gegen den Geldwert von Arbeitsmethoden und Erzeugtem. In dieser Beziehung ist, wie in so manchen anderen, Herrn Dr. Michons Gegenüberstellung „früher Individualismus, heute Organisation“ in bedauerndem Sinne zu nehmen. Denn noch immer leistet die Persönlichkeit, die durch die Schule auch kaufmännischer Prüfungen ging, mehr als die in der Verantwortlichkeit geminderte unpersönliche Organisation.

Die Leipziger Chemikerschaft soll nach Herrn Dr. Michon die Einrichtung von Glasbläserkursen veranlaßt haben. Darf ich die mir besonders bekannten Zustände am größten Leipziger Institut, dem auch Herr Dr. Michon angehört zu haben sich zur Ehre anrechnen wird, an dem I. Universitätslaboratorium (Prof. Dr. Hantzsch) heranziehen, so hat hier die Chemikerschaft damit nichts Neues und nur ihrer Initiative Entsprechunges geleistet. Denn bereits 1913 gab es hier einen Glasbläserkursus, auf Anregung von — Prof. Schaefer. Freilich wurde er nicht wiederholt. Es bestand zu wenig Bedürfnis in der Studentenschaft! Auch hier die Erfahrung, daß der echte Drang zu manueller und experimenteller Geschicklichkeit sich stets durchsetzte, zumal da das Laboratorienpersonal jederzeit mit größter Bereitwilligkeit etwaigen Wünschen und Fragen der Studierenden zu Hilfe kam. Vielfach freilich muß der mangelnden Energie durch äußere Mittel — wie z. B. Abhaltung eines regelrechten Kursus — nachgeholfen werden. Aber gründet man darum Chemikerschaften?

Weiterhin bedarf „die akademische Freiheit dringend der Pflege der Chemikerschaften“, meint Herr Dr. Michon. Auch dieser Satz bleibt unbegründet. Die akademische Freiheit aber steht im Mittelpunkt der studentischen Interessen, gerade sie hätte es nötig gemacht zu erklären, wieso ausgerechnet die Chemikerschaft zu ihrer Pflege nötig ist! „Keine Kampfesorganisation gegen die Professorenschaft jedoch“ soll die Chemikerschaft sein. Das klingt beinahe, als sei die Professorenschaft der Freiheitsbedrohung verdächtig. Und gleich eingangs betont Herr Dr. Michon „Organisation gegen Organisation“; ist das in der Tat nur eine stilistische Entgleisung?

Unter den weiteren Programmpunkten ist die „Einrichtung einer Beratungsstelle für Chemiestudierende“ genannt. Wir haben bisher eine Amtliche Akademische Auskunftsstelle und einen recht sorgfältigen Studienplan für Chemiker (Leipzig). Ich bezweifle, daß die Chemikerschaft von sich aus wesentliche Ergänzungen dieser Beratungsmittel, zu denen vor allem auch die Aussprache mit Dozenten und Assistenten tritt, werde bewirken können. Zudem ist der Verein deutscher Chemiker ein vorzügliches Mittel einmal zur Belehrung der jüngeren Chemiestudierenden, sodann aber auch dafür, die von Herrn Dr. Michon so befürwortete Verbindung zwischen Studierenden und Industrie zu werkstelligen. Das bringt mich auf einen letzten Punkt. Den nämlich, daß Herr Dr. Michon die Frage nach dem Anschluß der Chemikerschaften an industrielle Verbände befürwortet. Ich erblicke in einem solchen Anschluß geradezu eine Gefahr für die Hochschulchemie. Gerade das Losgelöstsein von wirtschaftlichen Tagesfragen ist die Voraussetzung für ihre Blüte und nachherigen Erfolge in der Industrie. Der Chemiestudierende soll sich seinem Studium widmen, einem Studium, das heute wahrhaftig die ganze Kraft des Studierenden zu benötigten vermag, denn das Arbeitsgebiet ist nach Umfang und Inhalt selten so groß gewesen. Es bedeutet nur eine Ablenkung, mehr noch: eine Schädigung des wissenschaftlichen Geistes und Interesses, wenn bereits erste Semester die Chemie vom Standpunkt der Nurtätigkeit wirtschaftlichkeit betreiben lernen. Die Idee, in Kurzem „in die Praxis“ zu gehen, hat schon eine Unzahl jüngerer Herren dazu verleitet, sich das Maß theoretischer und allgemein-chemischer Kenntnisse und Urteilsfähigkeit zu versagen, das nur ernsthaftes vom Gedanken an jeglichen Vorteil freies Studium zu geben imstande ist. Es kann nicht genug davor gewarnt werden, sich Verbänden angestellter Chemiker bereits zu einer Zeit anzuschließen, die mit wirtschaftlichen, vor allem Lohnfragen einfach nichts zu tun haben darf, wenn man die Wissenschaft nicht als melkende Kuh aufzufassen willens ist. Diese Möglichkeit aber schließt jede gewerkschaftlich orientierte Vereinigung akademisch gebildeter Angestellten von vornherein ein. Hier streife ich die

Frage des Zusammenschlusses der angestellten Chemiker, auf die näher einzugehen ich aus naheliegenden Gründen vermeiden möchte. Sie interessiert auch nur insofern, als die Chemikerschaften es vermeiden müssen, nach dem Vorgange Leipzigs einer industriellen Organisation bereits angestellter Fachgenossen sich anzuschließen.

Sind also aus allen vorstehend kurz entwickelten Gründen Organisationen der Chemiestudierenden abzulehnen, die letzten Endes im Gefolge der Arbeiterbewegung landen, so gibt es dagegen ein anderes sehr zeitgemäßes Ziel auch für die Chemie Studierenden, von dem Herr Dr. Mischon leider nichts zu sagen weiß: die Betonung des akademischen Standesbewußtseins, das es von sich weist, den Reaktionen der Massenseele widerstandslos nachzugeben.

Marktberichte.

Die Ausfuhrmöglichkeiten für deutsche Industrieerzeugnisse nach Südamerika sind günstig. Die mehrjährige Ausschaltung der deutschen Betätigung in Südamerika und die von den feindlichen Staaten dort während des Krieges betriebene antideutsche Propaganda hat nicht vermocht, in den für die deutsche Ausfuhr hauptsächlich in Betracht kommenden Ländern, wie Argentinien und Chile, das Ansehen deutscher Fabrikate zu schmälern. Der Wunsch, jetzt auf dieselben wieder zurückzugreifen, ist in den südamerikanischen Staaten allgemein. Auch die finanzielle Abhängigkeit mancher südamerikanischer Staaten von England oder den Vereinigten Staaten ist nicht bedeutend genug, um der deutschen Wareneinfuhr wesentlich zu schaden. Zur Zeit sind Nordamerika und England vorherrschend, in der letzten Zeit hat sich ihnen auch Japan zugesellt, das mit Nachdruck und mit Erfolg dahin strebt, den südamerikanischen Markt für seine Fabrikate mitzuerobern. Die großen deutschen Ausfuhrfirmen in Südamerika, die vor dem Kriege dort seit langem erfolgreich gewirkt haben, warten jedoch nur darauf, wieder deutsche Waren zu erhalten. Die Absatzmöglichkeit selbst bei den heutigen viel höheren Gestehungskosten gegenüber Amerika und England ist ohne Zweifel in dem Umfange gegeben, in dem die Möglichkeit einer Ausfuhr aus Deutschland überhaupt vorliegt. („Anz. f. B. u. Hw.“) *Lp.*

Vom amerikanischen Eisen- und Stahlmarkt. Die Macht des Streiks ist gebrochen. Das Hauptinteresse wandte sich den Verhältnissen zu, denen die Industrie jetzt gegenübersteht. Die Rückkehr zu normalen Verhältnissen geht nur langsam vor sich, und mit dem Wechsel der Arbeiter, der jetzt im Gange ist, und den durch Auswanderung vergrößerten Verlusten bei den einzelnen Werken dürfte der Markt für einige Monate vollständig von den Verkäufern abhängig sein. Zunehmende Nachfrage zeigte sich für Lieferungen im nächsten Jahre, aber die Reflektanten dürften nur wenig Erfolg haben, daß ihre Aufträge auch untergebracht werden. Die Roh-eisenerzeugung im September betrug 2 442 000 t gegen 2 443 060 t im Vormonat und 3 418 000 t zur gleichen Zeit des Vorjahres. Die tägliche Erzeugungsfähigkeit ermäßigte sich von 88 060 t im Vormonat auf 31 000 t, sie belief sich im Vorjahre auf 114 000 t. 162 Hochöfen waren im Betrieb, gegen 266 im August und 365 im September des Vorjahres. — Nach einem weiteren Bericht flaut der Streik in der Stahlindustrie langsam ab, er macht sich aber noch in Nachwirkungen geltend. Die Kaufstätigkeit beschränkt sich zum größten Teil auf Roheisen. Die dafür geforderten Preise sind höher als die, welche bisher für Lieferung im Jahre 1920 verlangt wurden. Sehr starke Nachfrage für Ausfuhrzwecke besteht für basisches Eisen. Die Abschlüsse darin werden auf 75 000 t geschätzt, die hauptsächlich für japanische Rechnung erfolgten. Hochofenkoks liegt fester. (Nach „Iron-Age.“) *Wth.***

Die **Erhöhung der Preise für Walzstahl** bei den Werken von Le Creusot (Schneider et Cie.) beträgt für die verschiedenen Sorten 180—250 Fr. je t und ist die Folge der erhöhten Kohlenpreise sowie der neuen Arbeitsbedingungen. („Information“ vom 14./10. 1919.) *on.*

Eine **Preiserhöhung für Puddel- und Schweißisen** um 300 M je t wurde von der Vereinigung der Puddel- und Schweißisenwerke mit rückwirkender Kraft ab 1./10. vorgenommen. *on.*

Der **Preis für Luxemburger Roheisen** wurde um 25 Fr. auf 310 Fr. je t frei Verbrauchsstation heraufgesetzt. („Rh.-W. Ztg.“) *Wth.***

Berliner Preisnotierungen für Metalle. Die vom Berliner Metallbörsenvorstand eingesetzte Notierungskommission, die aus Vertretern der Erzeuger, Händler und Verbraucher besteht, hat beschlossen, vom 28./10. ab an jedem Dienstag und Freitag, mittags 1 Uhr, Preise für Metalle zu notieren. Zur Notierung kommen Raffinadekupfer 99—99,3%, Hüttenweichblei, Hüttenrohzink (Syndikatspreis und Preis im freien Verkehr), Nickel 98—99, Aluminium 98—99 und Zinn (Banea, Straits und Billiton sowie deutsche Marken). Mit diesen Notierungen werden gleichzeitig die von der Vereinigung für die Deutsche Elektrolytkupfernotiz am selben Tage festgestellten Preise für Elektrolytkupfer herausgegeben. Die Geschäftsstelle der Vereinigung (Berlin W. 8, Mauerstraße 35) ist bereit, Beteiligten, denen an schneller Kenntnis der Notiz liegt, diese jeweils sogleich nach Feststellung in Berlin durch Fernsprecher, nach außerhalb durch

dringende Drahtung gegen eine Jahresgebühr von 250 M und Ersatz der etwaigen Telegrammkosten besonders zu melden. Desgleichen können Berliner Interessenten die Berliner Notierungen für Metalle einschließlich der Elektrolytkupfernotiz von der Notierungskommission des Berliner Metallbörsenvorstandes, Berlin C. 2 (Börse), gegen eine feste Jahresgebühr und den Ersatz etwaiger Telegrammkosten beziehen. Von einer Preisnotierung für Gold, Silber und Platin hat die Kommission vorläufig abgesehen. Sie behält sich aber vor, auch für die Edelmetalle Preise zu notieren, sofern von den Interessenten bei ihr dahingehende Wünsche geäußert werden. („D. Z.“) *Wth.*

Nach einer Mitteilung des französischen Wiederaufbauministers Loucheur stellt sich die **Saarkohlenförderung** im Monat auf 700 000 t, welche für 40—50 Fr. je t verkauft werden. („Rh.-W. Ztg.“) *Wth.*

Preiserhöhung für Braunkohlen. Das Rheinische Braunkohlenbrikett-Syndikat erhöht für seine Lieferungen ab 15./10. dieses Jahres seine Verkaufspreise um durchschnittlich 9 M je t, einschließlich Kohlen- und Umsatzsteuer. Diese Preiserhöhung wird notwendig infolge der Lohnerhöhungen, die den Arbeitern auf ihre Forderung bewilligt werden mußten, sowie durch die weitere beträchtliche Steigerung der Preise für alle Betriebsmaterialien. Es wird aber hervorgehoben, daß auch nach dieser Preiserhöhung die Preise für rheinische Braunkohlenbriketts noch um mehr als 10 M je t niedriger sind, als die Preise für mitteldeutsche und Niederlausitzer Briketts. — Auch das Niederlausitzer Braunkohlensyndikat hat die Preise um 63,30 M für je 10 t erhöht. — Das Mitteldeutsche Braunkohlensyndikat wird demnächst ebenfalls eine Preiserhöhung vornehmen. Verhandlungen hierüber mit dem Reichswirtschaftsminister sind im Gange. („Rh.-W. Ztg.“) *Wth.***

Über den **internationalen Salpetermarkt** liegt folgender englischer Bericht vor: Der Markt ist anhaltend sehr fest und die Vereinigung von Salpetererzeugern hat weitere 170 000 t für November-Verschiffungen zu 9 sh. 4 d je Quintal (1 Quintal = 46 kg, somit stellt sich der Preis je t auf etwa 223 sh.) zur Verfügung gestellt. Bis jetzt sind an Verschiffungen von Oktober bis März rund 1½ Mill. t verkauft gegenüber einem Küstenvorrat von 1,71 Mill. t Ende September d. J. Infolgedessen hat die Erzeugervereinigung beschlossen, den Preis auf 9,7 sh. für diesjährige und auf 9,9 sh. für Lieferungen im ersten Halbjahr 1920 zu erhöhen. Infolgedessen bereiten sich viele Gesellschaften vor, ihre Verkaufsstellen wieder zu eröffnen. — Der gleiche englische Bericht spricht auch von Aussichten des deutschen künstlichen Stickstoffes und will wissen, daß durch Mangel an Arbeitern und Kohle die Erzeugung an Ammoniumsulfat, die früher 500 000 t betragen habe, jetzt ungefähr auf die Hälfte zurückgegangen sei. daß auch die Herstellung künstlicher Düngemittel aller Art sich stark vermindert habe auf höchstens 200 000—300 000 t Ammoniumsulfat. Bei Wiederkehr normaler Verhältnisse aber sei die Herstellung von künstlichem Stickstoff auf 500 000 t Ammoniumsulfat zu schätzen. Infolgedessen werde Deutschland später wieder ein starker Konsument von Salpeter sein, was freilich bei der gegenwärtigen Valuta seine Schwierigkeiten habe. („Frkf. Z.“) *on.*

Japans Zündholzlieferungen im Jahre 1919 nach Ägypten waren so groß, daß sie für mehrere Jahre ausreichen; die Preise sind daher dort stark gefallen. („Brit. Export Gaz.“ Juliheft.) *u.*

Vom Zementmarkt. Der Erzeugungsrückgang in der rheinisch-westfälischen Zement-Industrie wird infolge des Kohlenmangels immer größer. Der Rheinisch-Westfälische Zement-Verband hat seinen Abnehmern mitgeteilt, daß die bisherigen Dringlichkeitsbescheinigungen ab Ende Oktober d. J. ihre Gültigkeit verlieren und neue die Verbraucher noch schärfer treffende Einschränkungsbestimmungen in Kraft treten werden. Die Zementpreise haben inzwischen weitere Steigerungen erfahren. Der Verband, der seinen Abnehmern Frankopreise stellt, konnte die 50% ige Erhöhung der Eisenbahnfrachten nicht unberücksichtigt lassen, während wiederum die Kohlenpreiserhöhungen ab 1./10. eine Steigerung der Zementpreise um 68 M je 10 t bedingte. Nachdem die Kohlenpreisfrage am 31./10. wieder zur Erörterung gestellt, ein Abbau der Preise dabei aber nicht in Frage kommen dürfte, ist auch ab 1./11. wieder mit einer entsprechenden Verteuerung des Zements zu rechnen. Der Bau von Wohnungen, eine für den Ruhrkohlenbezirk brennende Frage, dürfte dadurch keine Förderung erfahren. („Rh.-Z. Ztg.“) *Wth.***

Kartelle, Syndikate, wirtschaftliche Verbände, Zwangswirtschaft, Monopole.

Unter der Firma **Westdeutsche Hefezentrale G. m. b. H.** mit dem Sitz in Hamm (Westf.) haben sich einige der bedeutendsten Hefefabriken Westdeutschlands, nämlich die Firmen C. Langemeyer in Mettingen i. W. (diese mit ihren Fabriken in Mettingen und Leer in Ostfr.), August Asbeck in Hamm (Westf.), J. B. Berentzen G. m. b. H. in Haselünne, Prov. Hannover, und R. Moormann in Werne a. d. Lippe (diese mit ihren Fabriken in Werne und Kiel), zum

gemeinsamen Vertrieb ihrer Hefezeugnisse zusammengeschlossen. Die Gesellschaft beabsichtigt, nach Aufhören des jetzigen Zwangssyndikats (im Gegensatz zum bisherigen System der Lieferung von Hefe durch Vertriebsstellen) zum Zweck der schnelleren und besseren Versorgung der Verbraucher mit frischer Hefe diese wieder direkt aus ihren Fabriken an die Kundschaft zu versenden und nur an größeren Plätzen Ausgleichstellen zu errichten. Zur Verbilligung der Herstellungskosten, Ersparung von Frachten und Erweiterung des Absatzes ist eine Zusammenlegung von Betrieben und Angliederung weiterer Fabriken in Mitteldeutschland in Aussicht genommen. („D. Allg. Ztg.“) om.

Auf Veranlassung der chinesischen Regierung hat sich zur Abwehr der japanischen Ware und zur kräftigen Entwicklung der eigenen Industrie ein **Baumwolltrust** gebildet. Die Vereinigung der größten chinesischen Baumwollspinnereien, und zwar nur solcher, die mit chinesischem Kapital arbeiten oder an denen Chinesen die Hauptanteile besitzen, ist um die Förderung der Baumwollindustrie außerordentlich bemüht. („W. M.“) mk.

Tagesrundschau.

Die **Leipziger Frühjahrsmesse 1920** findet vom 29./2. bis 6./3. statt. Am 14./3. beginnt die Technische Messe, die von der allgemeinen Mustermesse zum erstenmal getrennt ist. om.

Vom 30./9. bis 2./10. tagte im Stadtverordnetensitzungssaal des neuen Schöneberger Rathauses die erste Delegiertensitzung des „**Bundes der Organisationen technischer Assistentinnen** an wissenschaftlichen und industriellen Instituten e. V. (Botawi).“ Der Bund umschließt zur Zeit 12 Vereine und Organisationen. Zweck des Bundes ist die Wahrung der Interessen der ihm angeschlossenen Verbände. Zur Erreichung dieses Zweckes wird sich der Bund mit allen einschlägigen Berufsfragen der wissenschaftlichen Hilfsarbeiterinnen, wie Ausbildung, Fortbildung, Anstellung, Unterstützung befassen und bei den zuständigen Stellen vertreten. In allererster Linie wird das Staatsexamen angestrebt werden auf Grund einer einheitlich zu gestaltenden Ausbildung. Geschäftsstelle des Bundes: Berlin W 30, Viktoria-Luise-Platz 6. mk.

Personal- und Hochschulnachrichten.

Es wurde ernannt (verliehen): Dr. Paul Karrer, a. o. Professor für Chemie an der Universität Zürich, zum o. Professor; Prof. Lorentz und Prof. Kuenen die goldene Medaille der Bataafschen Gesellschaft zur Förderung der experimentellen Naturwissenschaft.

Personalnachrichten aus Handel und Industrie.

Es wurde ernannt: Chr. Plugens zum Direktor der Kgl. Pharmaceutischen Handelsvereinigung in Amsterdam.

Dr. S. Lahoćinski, früherer Chemiker der Erdgas-Industrie-Gesellschaft, tritt als stellvertretender technischer Direktor bei der Galica, A.-G. für Petroleum-Industrie in Drohobycz ein.

Dr. Georg v. Koziecki scheidet aus dem Verbands der k. k. Mineralölfabrik in Drohobycz aus, um als Nachfolger des ausgeschiedenen Dr. R. Lichtenstern die technische Direktion der Raffinerie in Maryampol der Galizischen Karpathen A.-G. zu übernehmen.

Zu Geschäftsführern wurden bestellt: Bankdirektor F. Berchmans, Elberfeld, bei der Spinnstofffabrik Zehlendorf G. m. b. H., Zehlendorf; Joh. Becker, Jos. Bongartz und W. Funck, Düren, bei der Firma Dürener Lichtpauspapierfabrik, G. m. b. H., Düren; B. M. Eichler, Cossebaude, bei der Fa. „Tentyra“ Chemische Desinfektions-Präparate-Gesellschaft m. b. H., Dresden; A. Fink, Mainz, bei der Fa. Chemische Fabrik Budenheim Ludwig Utz m. b. H., Mainz; Fabrikant K. Koch und Chemiker Dr. W. Schmidt, München, bei der Desko-Werk G. m. b. H., München; Chemiker Dr. St. Langguth, Dortmund, und Aug. Schwefer, Witten, beim Chemischen Laboratorium Dr. Langguth & Schwefer, G. m. b. H., Witten; A. E. Müglitz, Leipzig, bei der Fa. Leipzig-Dölitzler Lack- und Ölfarbenfabrik G. m. b. H., Leipzig; Chemiker Dr. Fr. Raspe, Berlin-Weißensee, bei der Dr. Kontorowicz G. m. b. H., Berlin-Weißensee.

Prokura wurde erteilt: H. Braun, Forst (Lausitz), bei der Fa. Chemische Fabrik Forst (Lausitz); Joh. Georg Frey in Forst (Lausitz); E. Hoffheinz, Berlin-Friedenau, bei der Fa. „Dina“ Kosmetisches Laboratorium Angenendt & Co., Berlin; Fr. Loose, Zeitz, bei der Chemischen Fabrik Draschwitz-Reuden Weise & Co., Draschwitz; E. A. Müglitz, Leipzig, bei der Leipzig-Dölitzler Lack- und Ölfarbenfabrik G. m. b. H., Leipzig; Betriebsdirektor M. G. Schinkel, Wilischthal, bei der Fa. Patentpapierfabrik zu Penig in Penig.

Sein 25-jähriges Geschäftsjubiläum feierte am 1./11. Direktor Dr. Christ. Heß, Vorstandsmitglied bei den Farbenfabriken vorm. Friedr. Bayer & Co.

Gestorben sind: Leopold Adler, Mitbegründer und Vorsitzender des Aufsichtsrates der Schönauer Spiritus-, Pottasche-Fabrik und Raffinerie, vorm. S. Adler u. Söhne, G. m. b. H., am 19./10. in Wien. — William Thornber von der Chemikalien-Fabrik Thornber, Sons & Co. in Green Lane, Padiham, am 26./9. im Alter von 47 Jahren.

Aus anderen Vereinen und Versammlungen.

Gedächtnisfeier für Emil Fischer.

Deutsche Chemische Gesellschaft.

Die Deutsche Chemische Gesellschaft veranstaltete am 24./10. im Hofmannhause eine würdige Gedächtnisfeier für Emil Fischer, zu der sich alles, was in der chemischen Welt Klang hat, eingefunden hatte. Der Vizepräsident der Chemischen Gesellschaft, Professor K. A. Hofmann-Charlottenburg, eröffnete die Sitzung vor dem mit Palmen geschmückten Bilde Fischers, einem Geschenk seiner Freunde an die Gesellschaft. Er begrüßte zunächst die Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums, des Ministeriums für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, des Ministeriums für Handel und Gewerbe sowie die Vertreter der Universität, der Akademie der Wissenschaften und der Forschungsinstitute, der Physikalisch-technischen Reichsanstalt wie der zahlreichen befreundeten Vereine, insbesondere begrüßte er den Sohn des Verstorbenen, Herrn Dr. Hermann Fischer. Sodann verlas der Vorsitzende die eingegangenen Telegramme der nordischen chemischen Gesellschaft zu Kristiania und der Gesellschaft schwedischer Chemiker zu Stockholm. „Fischer selbst hat zwar gesagt“ — führte der Vorsitzende aus — „keiner ist unersetzlich und der Nachfolger dazu berufen, die Werke seines Vorgängers fortzusetzen. Wir denken darüber anders. Wohl werden große Gelehrte, erfolgreiche Forscher und sittlich große Menschen immer erstehen, aber die Vereinigung dieser drei Eigenschaften zu einem harmonischen Ganzen wird nur unter einem besonders glücklichen Stern wieder auftreten.“

Geh. Rat Professor H. Wichelhaus-Berlin schilderte dann die Beziehungen Fischers zur Deutschen Chemischen Gesellschaft.

Die Beziehungen des großen Gelehrten zur Deutschen Chemischen Gesellschaft reichen weit zurück, schon als 21-jähriger Jüngling hat Fischer sie hergestellt, als er seine Erstlingsarbeit, seine im Laboratorium Baeyers verfertigte Dissertation, den Berichten einschickte. Seitdem spielte der Name Fischer eine Rolle in der Deutschen Chemischen Gesellschaft, wie kaum ein anderer. Die nächsten 10 Jahre brachten eine solche Fülle inhaltsreicher Mitteilungen, daß bei der Gesellschaft der Wunsch rege wurde, Fischer persönlich kennen zu lernen. Es wurde ihm einer der von der Gesellschaft von Zeit zu Zeit angesetzten zusammenfassenden Vorträge übertragen, und dabei trat eine neue Seite Fischers glänzend hervor. Neben der Form und dem Inhalt des Vortrages fiel die geschickte Kunst des Experimentierens auf. Fischer wurde dann bei der nächsten Wahl zum Vizepräsidenten der Deutschen Chemischen Gesellschaft gewählt. Als 1892 Fischers Berufung nach Berlin als Nachfolger A. W. v. Hofmanns erfolgte, fand dies die Zustimmung aller Kreise, es begann eine Zeit reger wissenschaftlicher Tätigkeit, hat doch Fischer den Begriff „Mitarbeiter“ in seinem neuen Institut besonders entwickelt, und aus aller Herren Länder strömten ihm Schüler und Mitarbeiter zu. Sein Plan, der physikalischen Reichsanstalt eine chemische Reichsanstalt zur Seite zu stellen, fand durch die Schaffung der Kaiser-Wilhelm-Institute Verwirklichung, und die Arbeiten der an diese Institute gezogenen Männer wie Haber, Hahn, Stock, Willstätter, ihre Beobachtungen und Entdeckungen spiegeln sich gleichfalls in den Berichten wieder, wie Fischer überhaupt den literarischen Unternehmungen der Deutschen Chemischen Gesellschaft stets ein besonderes Interesse zugewandt hatte. Wer die Entwicklung dieser literarischen Unternehmungen, der Berichte des Zentralblattes, der Beilsteinerergänzungsstände verfolgt hat, kann nicht daran zweifeln, daß die Persönlichkeit Fischers von großem Einfluß darauf gewesen ist.

Professor L. Knorr-Jena schilderte Fischers wissenschaftliche Arbeiten und Persönlichkeit.

Die wissenschaftliche Laufbahn Fischers beginnt in Straßburg im Laboratorium Baeyers. Während er in seiner Dissertation über das Fluorescein noch in den Bahnen seines Lehrers wandelt, ging er von da ab eigene Wege, die ihn gleich zu einer wertvollen Entdeckung, zum Phenylhydrazin führten. Man hat oft gesagt, Fischer hätte Glück gehabt, in so jungen Jahren schon eine so bedeutende Entdeckung gemacht zu haben. Knorr meint, man könne umgekehrt sagen, das Phenylhydrazin hat das Glück gehabt, gerade von Fischer entdeckt worden zu sein, denn nur in seiner Meisterhand konnte es zum wertvollen Schlüssel werden, der das Tor zum Reich der Zuckerarten erschloß. Der Vortragende schildert den raschen Aufstieg Fischers, der sich mit 26 Jahren habilitierte und mit 40 Jahren an

die erste chemische Lehrstätte des Reiches berufen wurde, wo er 27 Jahre lang in erfolgreicher Arbeit wirkte. Der Vortragende streift Fischers Arbeiten über das Rosanilin, die die Konstitution dieses Farbstoffs als Abkömmling des Triphenylmethans aufklärten. Das Interesse Fischers wandte sich dann physiologischen Problemen zu, und die zur Aufklärung der Harnsäurestruktur unternommenen Untersuchungen sollten der Physiologie die Hilfsmittel geben, in die verwickelten Vorgänge des Lebens einzudringen. Diese Arbeiten führten zur Synthese des Koffeins, Theobromins, Hypoxanthins, Guanins. Diesen Forschungen über die Purinderivate gesellte sich eine zweite Untersuchungsreihe zu, die Untersuchungen über Kohlehydrate und Fermente, die hauptsächlich in den Jahren 1884–94 durchgeführt und dann später weiter verfolgt wurden. Bei diesen Arbeiten tritt die hervorragende Experimentierkunst Fischers noch mehr hervor als bei den Arbeiten über die Purinbasen, immerhin brauchte er 7 Jahre zur Erfüllung der Aufgabe, Zucker synthetisch herzustellen. Von den Monosacchariden geht Fischer dann zu den Polysacchariden und Glukosiden über, er benutzt das Material der Glukoside zum Studium der Fermente und sieht die Ursache der Empfindlichkeit der Enzyme in ihrem asymmetrischen Bau. Um die Jahrhundertwende beginnt Fischer seine dritte große Untersuchungsreihe, die Arbeiten über die Aminosäuren, die den Ruhm seines Namens in alle Welt getragen haben. Den Arbeiten über die Proteine und Polypeptide folgen dann die 1910 begonnenen Untersuchungen über die Gerbstoffe und Flechtenstoffe, die Depside, die in der Synthese eines dem chinesischen Tannin sehr ähnlichen Stoffes gipfeln.

Professor Knorr ging dann auf die Persönlichkeit Fischers ein und erklärte die großen wissenschaftlichen Erfolge des hervorragenden Gelehrten nicht bloß aus seiner Begabung für chemische Forschung, sondern aus einer Reihe von Charaktereigenschaften, die sich selten in solcher Weise in einem Menschen vereinigen wie bei Fischer.

Fischer und die chemische Industrie behandelte Geheimrat Professor Dr. C. Duisberg - Leverkusen in seinem Vortrag.

Eine der hervorragendsten Eigenschaften Fischers war sein tiefer Sinn für Wahrheit, der ihn hinderte, den festen Boden der Tatsachen zu verlassen. In diesem Tatsachensinn kam er seinem großen Meister Baeyer gleich, von dem er sich aber in der Stellung zum praktischen Leben unterschied. Es hätte sehr nahe gelegen, daß Baeyer durch seine Arbeiten, die für die Industrie so wertvoll wurden, der Industrie näher getreten wäre, doch hat er sich stets dem gewerblichen Leben ferngehalten; die Technik war ihm als reinen Wissenschaftler unsympathisch. So sagte er in einer Tischrede gelegentlich eines Besuchs des Leverkusener Betriebes, es erregte ihm ein unangenehmes Gefühl, zu sehen, wie die im Laboratorium in kleinen Reagenzglasern durchgeführten Reaktionen im großen in undurchsichtigen Gefäßen und mit lärmenden Rührwerken vollbracht werden. Emil Fischer hingegen verstand die Technik, und wenn er zwar mit seinen Versuchen nie technische Ziele erstrebte, so vertrat er doch den Standpunkt, daß die reine Wissenschaft mit dem Leben in enger Fühlung stehen muß. Fischer, der einer sich rege betätigenden Kaufmannsfamilie entstammte, besaß einen lebhaften Sinn für die praktischen Forderungen des Lebens. Dies befähigte ihn, eine führende Stellung einzunehmen, wie sie nur wenigen chemischen Forschern beschieden war. Wo es galt, zu organisieren, war Emil Fischer an der Spitze. In den Kriegsjahren, als die schwierigen Fragen der Ernährung und Rohmaterialbeschaffung zu lösen waren, hatten sich Regierung und Industrie die Mitarbeit Fischers gesichert. So verdanken wir seiner Anregung die kriegsgewaltige Arbeit der Durchführung der Salpeter- und Salpetersäureherstellung aus dem aus der Luft gewonnenen Ammoniak, die Schwefelsäuregewinnung aus Gips, die Glyceringewinnung durch Gärung. Seiner Initiative verdanken wir auch die Aufnahme der synthetischen Herstellung von Kautschuk für Hart- und Weichgummi. Als Vorsitzender des Nährstoffausschusses hat er der Frage des Strohaufschlusses besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Er hat unter anderem die wissenschaftlich interessante Tatsache festgestellt, daß die unverdauliche Stearinsäure in Öl und Fett gelöst vom Menschen verdaut wird. Vorbildlich war Fischer in der Pflege der Beziehungen zwischen Wissenschaft und Technik. Da die ganze Entwicklung der chemischen Industrie auf die befruchtende gegenseitige Wirkung dieser beiden Disziplinen zurückzuführen ist, hat er, der diese Wechselbeziehungen zu pflegen verstand, mehr für die Industrie getan als mancher durch große gewerbliche Leistungen. Der Vortragende hebt hervor, wie Emil Fischer stets der reinen Wissenschaft treu geblieben ist. Als 1883 die Badische Anilin- und Sodafabrik ihm nach dem Rücktritt Caros die Stellung des Leiters ihres wissenschaftlichen Laboratoriums antrug, vermochte auch nicht das Angebot des für damalige Zeiten so hohen Gehaltes von 100 000 M ihn seinen Idealen der freien wissenschaftlichen Tätigkeit zu entziehen. Wenn es auch keinem Zweifel unterliegt, daß Fischer in der Industrie sicher viel geleistet hätte, muß Geheimrat Duisberg doch bekennen, es sei ein großes Glück, daß der Gelehrte nicht den Lockungen der Industrie gefolgt war.

Die ersten Arbeiten Fischers lagen auf dem Gebiete der Teerfarbstoffe. Von Baeyer mit der Untersuchung des Fluoresceins betraut,

lernte er dabei das Eosin als Färbemittel für tierische Gewebe kennen; seitdem hat sich das Eosin in der Biologie zur Anfärbung der Gewebe behauptet. Die aufsehenerregende und für die Technik folgeschwere Entdeckung des Phenylhydrazins führte Knorr zum Antipyrin, ein weiteres Ergebnis der Kondensationen mit Phenylhydrazin war das Pyramidon. Daß die Hydrazine auch für das Farbstoffgebiet von Bedeutung wurden, zeigte sich bei der Darstellung des von Ziegler gefundenen Tartrazins. Bei seinen Arbeiten über die Hydrazinverbindungen des Rosanilins und Fuchsin konnte Fischer die Konstitution dieser Farbstoffe aufklären und so die Bahn frei machen für die Fortschritte, die von der Technik in der Triphenylmethanfarbstoffreihe gemacht wurden. An der praktischen Nutzbarmachung seiner Forschungsergebnisse hat sich Fischer nicht beteiligt. In Beziehungen zur Industrie ist Emil Fischer erst getreten, als er sich den Arbeiten über die Zuckerstoffe zuwandte. Die Synthese der Acrose forderte so große Mengen Acroleins, daß sie nur mit der Apparatur der Industrie bewältigt werden konnten, und diese Apparatur wurde ihm von den Höchster Farbwerken zur Verfügung gestellt. Auf Grund der bei den Arbeiten in der Puringruppe durchgeführten Synthese Fischers wurde dann von Gebr. Böhringer in Waldhof die billige Herstellung von Theobromin und Theophyllin durchgeführt. Mit praktischem Erfolg war Emil Fischer tätig auf dem Gebiet der Schlafmittel. Zusammen mit Mering hat er das Veronal, die Diäthylbarbitursäure dargestellt. Der Erfolg der Schlafmittel, deren Wirkung auf der Gegenwart der Alkylgruppen beruht, war ein Ansporn für die Industrie, nach neuen Verfahren zur Darstellung zu suchen. Außer Merck nahmen dann die Elberfelder und die Höchster Farbwerke die Fabrikation auf. Versuche, Mittel zu finden, die die Diäthylbarbitursäure übertreffen, führten zur Diphenylbarbitursäure, bald darauf wurde von den Elberfelder Farbwerken das Adalin hergestellt. Emil Fischer ist es ferner gelungen, Jodj Brom und Arsen in unschädlicher Form dem Körper zuzuführen. Mit Mering zusammen stellte er das Sajodin her, das Calciumsalz der Dijodbehensäure, durch das der Jodismus fast ganz in Wegfall kam. Das Elarson hat in der Kriegszeit in der Arsentherapie Bedeutung gewonnen. Wenn man nur die von Fischer in den Arzneischatz eingeführten Heilmittel übersieht, könnte man bei ihrer Fülle glauben, daß auf diesem Gebiet die Lebensarbeit des gottbegnadeten Forschers liegt. Und doch sind diese Körper nur nebenher, neben seinen großen anderen Arbeiten gefunden worden. Die Lösung eines Problems, das Fischer jahrelang fesselte, ist leider nicht gelungen, das Problem der Carcinombekämpfung. Die für 1914 nach Brüssel geplante Zusammenkunft mit dem berühmten Krebsforscher Carel, der die Züchtung von Carcinomen auf Nährböden vorführen wollte, ist durch den Krieg vereitelt worden, und ein tragisches Geschick wollte, daß Emil Fischer selbst dieser Geißel der Menschheit unterliegen mußte, wäre er doch der Mann gewesen, der das Problem der Krebsbekämpfung hätte lösen können. Pflicht der pharmazeutischen Chemiker ist es, die Aufgabe zu übernehmen und Mittel zur Carcinombekämpfung zu suchen.

Zwei große deutsche Chemiker — so schloß Geheimrat Duisberg seinen Vortrag — sind während des Krieges aus dem Leben geschieden, Adolf von Baeyer und Emil Fischer, denen nicht nur die Wissenschaft, sondern auch die Industrie Großes und Dauerndes verdankt. Deshalb hat die in der Interessengemeinschaft zusammengeschlossene Teerfarbstoffindustrie den Beschluß gefaßt, von den Meisterhänden Hildebrands und Klimschs die Standbilder der beiden großen Forscher herstellen zu lassen, die vor ihren Wirkungsstätten in München und Berlin aufstellung finden sollen.

P.

41. Hauptversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands, E. V., vom 25. Oktober 1919.

Die diesjährige Hauptversammlung des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands E. V., die sich trotz der schwierigen Bahnverhältnisse eines überreichen Besuches erfreute, gestaltete sich zu einer sehr eindrucksvollen Tagung. In den 41 Jahren seines Bestehens hat die Zahl der erschienenen Mitglieder und Ehrengäste nie die diesmal erzielte Höhe erreicht. Mit seiner Eröffnungsrede gab der derzeitige Vorsitzende Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Duisberg zunächst einen Überblick über die Ereignisse, die sich seit der vorjährigen am 28./10. 1918 abgehaltenen Hauptversammlung, also 12 Tage vor der am 9./11. vollzogenen Revolution, ereignet haben. Im abgelaufenen Jahre sei im Gegensatz zu früher eine wesentliche Veränderung in der Organisation der chemischen Industrie eingetreten. Die drei großen deutschen Wirtschaftsverbände, der Zentralverband deutscher Industrieller, der Bund der Industriellen und der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands, hätten sich zu einem Reichsverband der Deutschen Industrie zusammengeschlossen. Während die beiden erstgenannten großen Spitzenverbände im wesentlichen im Reichsverband aufgingen, sei der Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands E. V. in vollem Umfang als eine Gruppenorganisation im Rahmen des Reichsverbandes

erhalten geblieben. Durch die inzwischen auch durch die Arbeitgeber und Arbeitnehmer geschlossene „Arbeitsgemeinschaft Chemie“ und die sich in Anlehnung an diese Organisation vollziehende Selbstverwaltung der chemischen Industrie in allen ihren Zweigen und Betätigungsmöglichkeiten, seien die Aufgaben noch erheblich erweitert worden. Mit Freuden sei es zu begrüßen, daß der bekannte Zentralverband der chemisch-technischen Industrie im Laufe des letzten Jahres Mitglied des Vereins geworden sei. Dagegen könne er nur sein Bedauern über Dezentralisationsbestrebungen einzelner süddeutscher Fabrikantenkreise aussprechen, die sich jedoch vorwiegend aus der chemischen Industrie verwandten Industrien rekrutieren und einen neuen Verband in Frankfurt a. M. gegründet hätten. Nach seiner Auffassung wäre es besser gewesen, diese lokale Vereinsgründung, wenn sie wirklich nötig war, im Rahmen des Reichsverbandes oder des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie vorzunehmen. Redner besprach dann die Neuordnung der Geschäftsführung und die Gründe, welche im Hinblick auf die dauernd steigenden enormen Arbeitslasten und Anforderungen in der Leitung des Vereins ausschlaggebend gewesen seien, neben dem rührigen Generalsekretär, so fleißig, tüchtig und geschickt er sich bisher gezeigt habe, einen geschäftsführenden Vorsitzenden in der Person des Herrn Dr. Frank zu berufen. Kommerzienrat Dr. Frank, ein Praktiker und früherer Leiter des Vereins chemischer Fabriken in Mannheim, habe dem Verein ein großes Opfer gebracht, als er innerhalb weniger Tage seine große Stellung in der Mannheimer Industrie aufgegeben und seinen Wohnsitz nach Berlin verlegt habe. Seit dem 1./4. d. J. sei er täglich unermüdetlich von morgens bis abends spät im Vereinshaus tätig und halte in Vertretung des Redners die Zügel der Geschäftsleitung fest in der Hand. Nach einem kurzen Rückblick über die Folgen, welche der verlorene, unglückselige Krieg und die hereingebrochene Revolution auf die deutsche chemische Industrie ausgeübt hat, wies Geheimrat Duisberg zum Schluß mit allem Nachdruck die unwahren Behauptungen zurück, die sich in dem an den Präsidenten Wilson erstatteten Alien Property Report des Verwalters des feindlichen Eigentums vom 22./2. 1919 finden. Insbesondere verwahrte er sich aufs schärfste gegen die Darstellung, daß die deutsche chemische Industrie sich auf den Krieg vorbereitet, Spionage und Dumping getrieben und kaufmännische Unsitten großgezogen habe. Er stellte fest, daß ebenso wie die zahlreichen anderen deutschen Industrien auch die chemische Industrie durch den Ausbruch des Krieges völlig überrascht wurde, und erst nach seinem Beginn gezwungen war, gewaltige Neuanlagen zu bauen, um bei den vorhanden gewesenen geringen Salpeterbeständen allen Anforderungen des Munitionsbedarfes genügen zu können. Mit den im August 1914 arbeitenden Fabrikanlagen konnte Deutschland nur etwa ein Dreißigstel seines Kriegsbedarfes decken. Durch die deutsche Regierung sei die chemische Industrie weder in der Fabrikation noch im Einkauf oder Verkauf mit einem Groschen unterstützt worden. Im Gegenteil, sie habe die Fabrikation und den Absatz der von ihr erfundenen Farbstoffe und pharmazeutischen Erzeugnisse völlig aus eigener Kraft so weit gefördert, daß sie überall wegen ihrer hervorragenden Qualität und Verwendungsfähigkeit im Ausland geschätzt und gewürdigt wurden. Der Vorwurf, daß mit deutschen chemischen Erzeugnissen, insbesondere auch mit Anilin, Dumping getrieben worden sei, d. h., daß sie unter Einkaufspreis auf dem Weltmarkt verschleudert wurden, werde ohne weiteres durch die Tatsache widerlegt, daß für deutsche Artikel auf den Auslandsmärkten, insbesondere dort, wo hohe Zollsätze ihre Einfuhr behinderten, fast die doppelten Preise gezahlt wurden, die im Inlande galten. Was schließlich den Vorwurf betreffe, daß Deutschland kaufmännische Unsitten eingeführt habe, so möge daran erinnert werden, daß in dieser Beziehung die Verhältnisse in Amerika allgemein derart bedenklich waren, daß es besser gewesen wäre, wenn der Verwalter des feindlichen Eigentums über dieses Kapitel geschwiegen hätte. Aber gerade die deutschen chemischen Industriellen, besonders die Vertreter der Farbwerke, hätten es durch gegenseitige Vereinbarung zustande gebracht, daß bis zum Kriege im amerikanischen Geschäftsleben die dort vorhandenen Auswüchse beseitigt wurden. Der amerikanische Raubzug an deutschen Patenten und Warenzeichen, die für den lächerlichen Preis von 250 000 Doll. einer amerikanischen Gesellschaft überlassen wurden, sei im übrigen der beste Beweis dafür, daß der Zweck des Krieges ein wirtschaftlicher war und die Beseitigung der lästigen deutschen Konkurrenz erstrebte.

Den Bericht über die Vereinstätigkeit erstattete der geschäftsführende Vorsitzende Dr. Frank. In schwerer Zeit, am 26./10. 1918, als schon der kommende Zusammenbruch seine Schatten vorauswarf, habe die letzte Hauptversammlung getagt. Was er seitdem über die Tätigkeit des Vereins berichten könne, seien leider Bilder wirtschaftlichen Niederganges. Die deutsche chemische Industrie sei in den letzten Dezennien des Friedens in fortwährendem Aufstiege begriffen gewesen. Im Kriege habe sie sich ganz in den Dienst des Vaterlandes gestellt und Aufgaben von solcher Riesengröße restlos gelöst, daß sie die Bewunderung und den Neid unserer Feinde errungen habe. Vor allem habe das Stickstoffproblem so intensive Fortschritte gemacht, wie es selbst Optimisten nicht für möglich gehalten hätten. Die Zwangswirtschaft des Krieges habe die ganze

chemische Erzeugung fast restlos erfaßt. Der 9. November und der Waffenstillstand stellten die Industrie und den Verein plötzlich vor die ganz neuen Aufgaben der Umstellung auf die Friedensarbeit. Die plötzliche Aufhebung der Zwangswirtschaft des Krieges sei in der chemischen Industrie unmöglich gewesen. Die Demobilisierung habe die Überführung in die Friedenswirtschaft übernommen und auch eine Gruppe Chemie gebildet, welche die wirtschaftliche Leitung der chemischen Industrie während der Übergangszeit übernahm. Unter Zuziehung des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie Deutschlands E. V. sei eine Reihe von Ausschüssen gebildet worden, welche in paritätischer Besetzung mit Arbeitnehmern die Überführung von der Zwangs- zur freien Wirtschaft vorbereitete. Am 8./11. 1918 sei die schon im Oktober 1918 beschlossene Gründung des Arbeitgeberverbandes der chemischen Industrie Deutschlands erfolgt. Am 15./11. 1918 sei aus der Not der Revolution die Arbeitsgemeinschaft der industriellen und gewerblichen Arbeitgeber und Arbeitnehmer Deutschlands durch Vereinbarungen der Arbeitgeberverbände mit den Gewerkschaften gegründet worden, zur paritätischen Behandlung aller die Industrie betreffenden sozialen und wirtschaftlichen Fragen.

Was die Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben der chemischen Industrie betreffe, so habe sie aus den früheren Wisselschen und von Moellendorffschen Plänen des Reichswirtschaftsministeriums, die unter dem Eindruck des Schlagwortes „Planwirtschaft“ standen, den Gedanken der Selbstverwaltung der Industrie in Verbindung mit der paritätischen Arbeitsgemeinschaft entnommen. Die chemische Industrie, die schon in Friedenszeiten wirtschaftliche Organisationen besaß und besser als andere geschlossen war, mußte die Gelegenheit erfassen, sich aus der Zwangswirtschaft zu befreien und für die Selbstverwaltung freie Bahn zu schaffen. Auf dieser Linie bewegte sich der Beschluß des Gesamtausschusses des Vereins vom 18./3. 1919, mit den Arbeitnehmern eine Arbeitsgemeinschaft zu gründen und als Annex derselben eine Außenhandelsstelle zu schaffen. Die „Reichsarbeitsgemeinschaft Chemie“ wurde am 28./4. d. J. von dem Verein zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie E. V. in Gemeinschaft mit dem Arbeitgeberverband und den Gewerkschaften gegründet. Die „Außenhandelsstelle Chemie“, der von der Regierung die selbständige Erledigung der Ausfuhr chemischer Erzeugnisse übertragen wurde, nahm ihre Tätigkeit am 18./6. d. J. auf. In der Durchführung der Selbstverwaltung auf paritätischer Grundlage mit den Arbeitnehmern sei die chemische Industrie einig. Ein Beschluß des Vereins vom 23./8. habe dies erneut gezeigt. Auf Anregung der Zentralarbeitsgemeinschaft sei in letzter Zeit vom Reichswirtschaftsminister der Wirtschaftsrat beim Reichswirtschaftsministerium berufen worden, welcher der Vorläufer des Reichswirtschaftsrates sein solle. Die Konstituierung des letzteren sei ebenfalls bereits in die Wege geleitet. Im Wirtschaftsrat seien jetzt schon, und im Reichswirtschaftsrat solle dies im verstärkten Maße der Fall sein, Deutschlands gesamte schaffende Berufsstände, Landwirtschaft, Handel und Industrie sowie die Verbraucher zur sachverständigen Beratung aller wirtschaftlichen und sozialen Fragen vertreten. Der vernichtende Friedensvertrag mit seinen furchtbaren Härten habe die chemische Industrie besonders schwer getroffen. Die darin enthaltenen Grundsätze der Wiedergutmachung ließen die Zukunft der chemischen Industrie in düsterem Lichte erscheinen. Nur durch eisernen Fleiß, durch harte Arbeit unter erlesenen Führern könne es in absehbarer Zeit vielleicht gelingen, wieder hoch zu kommen. Nur im engen Zusammenschluß aller an der chemischen Industrie Beteiligten, zu gemeinsamer Arbeit im Interesse der deutschen Wirtschaft, sei eine Gesundung zu erhoffen. Der Verein müsse den Krystallisationspunkt der wirtschaftlichen Unternehmerfragen der gesamten deutschen chemischen Industrie bilden, wie man dies vom Arbeitgeberverband der chemischen Industrie Deutschlands für soziale Fragen fordern müsse. Es sei daher notwendig gewesen, den veränderten Verhältnissen entsprechend, die Organisation des Vereins neu auszugestalten. Die rein ehrenamtliche Führung des Vereins und aller damit zusammenhängenden Organisationen sei unmöglich geworden. Es müßte jemand aus der industriellen Praxis sich ganz der Aufgabe widmen, die geschäftliche Führung des Vereins und aller auf chemischem Gebiete notwendigen Organisationen zu übernehmen. Was die bisherige Zusammenarbeit des Vereins in der Arbeitsgemeinschaft betreffe, so könne Redner sagen, daß sie sich in der kurzen Zeit ihres Bestehens als nützlich erwiesen und manche Schwierigkeiten und viel Unheil verhütet habe. Im Interesse der einheitlichen Organisation des Vereins seien analog der Reichsarbeitsgemeinschaft Chemie folgende 10 Fachgruppen gebildet worden: Anorganische Chemie, Holzdestillation, Stickstoff und Carbid, Teerfarben, Sprengstoffe, Pulver, Celluloid, Chemisch-pharmazeutische und photochemische Industrie, Mineralfarben, Chemisch-technische Artikel, Drogen, Phosphordüngemittel. Jede dieser 10 Gruppen wähle sich ihren Ausschuß, und dieser sich seinen Obmann. Sie bildeten in sich Untergruppen für die einzelnen Branchen, die sich nach eigenem Bedürfnis konstituieren könnten. Die Obmänner dieser 10 Gruppen bildeten die Vereinsdelegierten für den Hauptausschuß des Reichsverbandes der deutschen Industrie und für den Gesamtvorstand der Zentralarbeitsgemeinschaft.

Im Hinblick auf die vielen Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben des Vereins sei es sodann notwendig geworden, alle Vorgänge auf den wirtschaftlichen und sozialen Gebieten im In- und Auslande intensiv zu verfolgen und die Mitglieder schnell auf dem laufenden zu halten. Zu diesem Zweck sei im Laufe des Monats September eine besondere Archiv- und Presseabteilung des Vereins und der ihm nahestehenden Verbände in Berlin ins Leben getreten. In dieser Abteilung würden etwa 800 in- und ausländische Tages- und Fachzeitschriften der ganzen Welt mit Rücksicht auf wirtschaftliche und soziale Fragen besonders der chemischen Industrie gesichtet und verarbeitet. Das Archiv steht den Mitgliedern zur Verfügung. Die Presseabteilung gebe seit dem 1./10. regelmäßig wöchentlich die Chemisch-Industrielle Wirtschafts-Korrespondenz heraus. Es sei in der heutigen Zeit unbedingt erforderlich, daß die deutsche chemische Industrie aus ihrer vornehmen Reserve heraustrete und die Aufklärung weiter Schichten unseres Volkes über wirtschaftliche und soziale Fragen betr. die chemische Industrie selbst in die Hand nehme. Die Presseabteilung habe den Kontakt mit der deutschen Tages- und Fachpresse herzustellen und ohne jede Rücksicht auf politische Parteistellung sie mit sachlichen Nachrichten über unsere chemische Industrie zu versorgen. Die Mitarbeit der Vereinsmitglieder nach bereits in Zirkularen bekanntgegebenen Richtlinien sei denselben im eigensten Interesse dringend zu empfehlen.

Mit einigen kurzen Hinweisen auf die Frage der Entschädigung der im feindlichen Auslande liquidierten Firmen, die künftige Mitarbeit des Vereins bei der Neuordnung der Eisenbahntarife und der künftigen Patent- und Steuerfragen sowie auf die Kalamitäten der Kohlenkrise und Transportnot schloß der Vortragende seinen inhaltreichen und übersichtlichen Bericht mit dem Appell an die Mitglieder, nach besten Kräften mitzuhelfen, daß der Verein die Grundlagen vorbereiten möge, auf denen sich ein Aufstieg der deutschen chemischen Industrie vollziehen könne, wenn aus den Ruinen, die dieser Weltkrieg geschaffen habe, neues Leben erblühen solle.

In seinem Bericht über die Lage der deutschen chemischen Industrie führte der Geschäftsführer des Vereins, Dr. Horney, etwa folgendes aus: Ein unsagbar schweres Jahr sei seit der letzten Hauptversammlung des Vereins verstrichen, ein Jahr ohne Krieg und ohne Frieden nach außen, ein Jahr voll politischer, sozialer und wirtschaftlicher Kämpfe im Innern. Habe schon die durch die innere Revolution geschwächte Staatsgewalt alle Hyänen, Wölfe und Ratten auf das wirtschaftliche Schlachtfeld gelockt, so sei das große Loch im Westen ein sicherer Schlupfwinkel für die Getier, Ausgangs- und Endpunkt für die Beutezüge gegen den kaum noch pulsierenden Körper der deutschen Volkswirtschaft geworden. Alle Regeln der Nationalökonomie seien heute auf den Kopf gestellt. Waren früher Überfüllung des Marktes mit Waren, Sinken der Preise und Arbeitslöhne wichtige Kennzeichen für den Niedergang gewesen, so erlebten wir in diesen Zeiten der schwersten je uns auferlegten Wirtschaftskrise, daß großer Warenmangel herrsche, und daß Preise und Löhne in einer Weise in die Höhe schnellten, für die jeder geschichtliche Vorgang fehle. Das Bild von der Erzeugung in der chemischen Industrie im letzten Jahre lasse sich mit wenig Worten kennzeichnen. Es sei ein fortschreitender Rückgang auf fast allen Gebieten wegen der von Monat zu Monat ungünstiger gewordenen Belieferung mit Kohlen und wichtigen Hilfsstoffen festzustellen. Der Zustand sei heute so, daß die Mehrzahl derjenigen Betriebe, welche nicht in der Nähe von Kohlengewinnungsgebieten liegen, immer mehr zum Erliegen kämen. Die Sodaerzeugung sei auf fast ein Drittel der Kriegerzeugung des Jahres 1918 zurückgegangen. Ähnlich liegen die Verhältnisse in der Sulfaterzeugung. Benzol sei für die chemische Industrie seit den großen Streiks in den Kohlenbergwerken fast gar nicht mehr geliefert worden. Wollte man die heutige Preisgestaltung in ihrem ganzen Umfang richtig würdigen, so müsse man einen kurzen Rückblick bis in die 60er Jahre des vorigen Jahrhunderts tun. In dieser Zeit hatte sich die aufkeimende deutsche chemische Industrie in schweren Kämpfen gegen die schon weit entwickelte englische Konkurrenzindustrie durchzusetzen. Die damaligen englischen Preise beherrschten den deutschen Markt. In rastloser Arbeit, durch engstes Zusammenarbeiten mit Wissenschaft und Technik sei es gelungen, zunächst England auf dem deutschen Markt und dann in der ganzen Welt zu schlagen, weil in keinem Augenblick ein Ausruhen eintrat, sondern in zähem Streben jede technische Errungenschaft, welche eine Verbesserung der Qualität und eine billigere Fabrikation ermöglichte, verwertet wurde, ohne Rücksicht darauf, was an alten Anlagen und Betrieben hierdurch wertlos gemacht wurde. Die deutsche chemische Industrie habe bisher besonders in dem Kampf zwischen dem alten Leblanc-Soda- und dem Solvay-Verfahren, ohne schwere Erschütterungen zu erleiden, eine im Auslande ungeahnte Anpassungsfähigkeit gezeigt. So sei es möglich geworden, daß mit fortschreitender Entwicklung ein erhebliches Sinken der Preise für alle Erzeugnisse der chemischen Industrie trotz steigender Arbeitslöhne eintrat. Die Gewohnheit, mit den äußersten Herstellungskosten zu rechnen, sei auch noch in den ersten Weltkriegsjahren ausschlaggebend gewesen. Während des Krieges und auch bereits früher seien ganz eigenartige Preisdifferenzen entstanden. Die Fabrikpreise seien wesentlich niedriger gewesen als die

Preise im freien Markt. Als Warenknappheit eintrat, folgte die Preisbildung im Handel sehr schnell dem alten Grundsatz von Angebot und Nachfrage. Als z. B. im Jahre 1916 die Sodakalamität begann, konnte auch die Erzeugung von Natriumbicarbonat nicht der stark steigenden Nachfrage folgen. Während die Ware von den Fabriken unbeirrt durch die Gestaltung des Marktpreises für 28—30 M je 100 kg abgegeben wurde, stiegen die Preise im Handel auf 200—300 M. Ähnlich erging es mit Weinsäure, schon bevor auf Antrag der Fabriken ihre Bewirtschaftung einsetzte. In Zeiten, in denen die Fabrikpreise 14—18 M betrugen, erreichten die Preise im Handel eine Höhe weit über 100 M je kg. Der Referent schildert sodann auf Grund eines außerordentlich interessanten und vielsagenden Zahlenmaterials die weitere Preisrevolution für deutsche Chemikalien, die sich unter dem Einfluß der Materialnot zu dem von der deutschen Chemikalienzufuhr abhängigen neutralen Auslande herausbildete. Ferner besprach er die Wirkungen der sinkenden deutschen Lieferfähigkeit und Markvaluta, der Mindestpreispolitik usw. auf die Preisbildung und die Maßnahmen gegenüber den großen Differenzen zwischen In- und Auslandspreisen für deutsche Chemikalien. Er zitierte die Äußerungen eines Holländers auf der Frankfurter Einfuhrmesse, die dahin ging, daß Deutschland seine In- und Auslandspreise heute unbedingt differenzieren müsse, sonst würde sich die Zahl derjenigen ausländischen Arbeiter- und Pressestimmen, die sich schon jetzt gegen die deutsche Chemikaliendumpinggefahr aussprechen, schnell vermehren. Im allgemeinen hatte das Jahr 1915 gegenüber den Friedenspreisen nur unwesentliche Erhöhungen gebracht. Im Jahre 1916 erfolgte ein stärkeres Anziehen, das sich dann 1917 und 1918 in immer schnellerem Tempo fortsetzte. Die Durchführung des Hindenburgprogramms mußte notgedrungen auch die Gesteuerungskosten für alle chemischen Erzeugnisse beeinflussen. Die entscheidende Wendung sei nach der Revolution eingetreten. Von diesem Augenblick seien die Preise in beispielloser Weise hinaufgeschneit. Heute habe man einen Zustand, welchem die Preise eine Höhe erreicht hätten, wie sie in den ersten Zeiten der deutschen chemischen Industrie der 1860er Jahre gezahlt wurden. Diese Entwicklung habe ihr Ende noch keineswegs erreicht, denn die wechselseitige Verteuerung aller Waren treibe wieder die Löhne in die Höhe und zwingt zu neuen Preissteigerungen. Die chemische Industrie zeige das gleiche Bild wie alle übrigen Industriezweige. Es spiegle sich in dieser Entwicklung die enorme Geldentwertung wider, welche dem ganzen deutschen Wirtschaftsleben den Stempel aufdrücke.

Direktor Schmitz, der als Sachverständiger an den Friedensverhandlungen in Versailles teilgenommen hat, berichtete über die Lage unserer Finanzen. Zunächst wies er darauf hin, daß es unmöglich gewesen sei, seinerzeit in Versailles zu mündlichen Verhandlungen mit den Gegnern, insbesondere über die finanziellen Voraussetzungen für den Wiederaufbau unseres Wirtschaftslebens zu kommen. Die schwierigen finanziellen Verhältnisse in den gegnerischen Ländern und die starken gegenseitigen finanziellen Verpflichtungen hätten u. a. dem im Wege gestanden. Redner wies auf die Bedeutung des § 248 des Friedensvertrages hin, der auf Grund des Notenwechsels den Zusatz erhalten habe: „Unter Vorbehalt der Ausnahmen, die von der Wiedergutmachungskommission etwa bewilligt werden.“ In diesen Paragraphen, nach welchem der gesamte Besitz und alle Einnahmequellen des Deutschen Reiches und der deutschen Einzelstaaten an erster Stelle haften sollen, stoßen die Interessen unserer Vertragsgegner als Entschädigungsfordernde und deren Gläubiger einerseits und die Interessen unserer Gegner sowie der übrigen Welt, soweit eine Kreditgabe für Deutschland in Frage kommt, aufeinander. Die Entscheidung liege daher bei der Wiedergutmachungskommission. Der Referent verbreitete sich dann über den Gesamtetat des Deutschen Reiches für die Zeit vom 1./4. 1914 bis 1./4. 1918, der bereits für diese Zeit eine Mehrausgabe von rund 100 Milliarden ergeben habe, die nur zu zwei Drittel durch fundierte Schuld habe gedeckt werden können. Bis zum 1./8. 1919 sei die fundierte Schuld auf 90 Milliarden und die schwebende Schuld auf 76 Milliarden gestiegen. Unter Berücksichtigung aller in Verbindung mit der Kriegsabwicklung und dem Friedensvertrage in Verbindung stehenden Leistungen, sei mit einem Anwachsen unserer gesamten Reichsschuld bis 1./4. 1920 auf rund 200 Milliarden M zu rechnen. Außerdem seien 52 Milliarden M Schulden der Einzelstaaten und Gemeinden zu berücksichtigen, wovon 30 Milliarden fundiert seien. Unter Anrechnung des auf 10 Milliarden geschätzten Betrages aus der Kriegsabgabe, vom Vermögenszuwachs und des Erlöses für Heeresgut, würde immer noch eine Schuld von 240 Milliarden für Reich, Staaten und Gemeinden verbleiben, von denen nur die Hälfte fundiert sei. In bezug auf den Etat sei zu berücksichtigen, daß fast die Hälfte der zukünftigen, zunächst auf 25 Milliarden geschätzten Ausgaben von Reich, Staaten und Gemeinden von den allgemeinen Preisschwankungen beeinflusst werden müsse. Je mehr Löhne und Gehälter steigen, desto mehr müßte daher auch dieser Teil des Etats auf die Dauer zunehmen. Einen besonders starken Einfluß auf den Etat würden ferner unsere Naturalleistungen und sonstigen Leistungen auf Grund des Friedensvertrages haben. Ihr Umfang sei einstweilen unüberschaubar. Redner wies auf die Schwierigkeiten hin,

die sich für Deutschland dadurch ergeben, daß es im Gegensatz zu den alliierten Ländern, infolge der Blockade erst jetzt an die Finanzierung der durch den Krieg erschöpften Vorräte gehen könne, die zu ergänzen eine der ersten Voraussetzungen für ein Wiederingangbringen unseres Wirtschaftslebens sei. Dies sei ohne die Aufnahme von großen ausländischen Anleihen nicht möglich. Zur Beurteilung der ungeheuren Lasten, die Deutschland im Friedensvertrag auferlegt worden sind, wurde ferner hervorgehoben, daß die ersten 60 Milliarden Anweisungen bereits höher seien als die gesamten, seitens der alliierten Länder während des Krieges Amerika und England gegenüber eingegangenen Auslandsschulden. Inwieweit Deutschland in der Lage sei, die Zinsen hierfür und für die von Belgien besonders zu übernehmende Schuld, sowie ferner für die unbedingt weiter aufzunehmenden ausländischen Kredite und die Regelung der bereits jetzt bestehenden Auslandsverpflichtungen zu leisten, müsse von der Wiedergutmachungskommission geprüft und entschieden werden. Die Möglichkeit stehe auf alle Fälle in Zusammenhang mit den uns zu gewährenden Krediten und der Aufnahme unserer Auslandsbeziehungen. Die finanzielle Lage sei bei fast allen vom Kriege betroffenen europäischen Staaten so schwierig, daß es wahrscheinlich zu einer internationalen Regelung kommen müsse, wie sie auch schon in Paris seinerzeit von dem Finanzmann Stern angeregt sei. Im übrigen gäbe es nur ein Mittel, um die schwierigen Verhältnisse in allen Ländern zu erleichtern, das sei, mehr zu erzeugen. Ebenso wie es zur Zeit der Friedensverhandlungen der französische Minister Ribot getan hat, gelte es auch bei uns, die Allgemeinheit hierüber aufzuklären. Ribot habe seinerzeit seinem Volke zugerufen: „Erschreckt euch nicht über die Schwierigkeiten, die ich euch offen und aufrichtig gezeigt habe, laßt euch nicht entmutigen, sondern arbeitet, arbeitet. Das Wohl unseres Vaterlandes steht auf dem Spiel.“ Ebenso sei bei uns Einigkeit und Vertrauen erforderlich zwischen Volk und Regierung und allen Klassen der Bevölkerung, denn es gelte, gemeinsam dafür zu sorgen, daß Deutschland an dem Friedensvertrage nicht zugrunde gehe und dem deutschen Volke keine zu großen Lasten auferlegt werden.

In einem Schlußreferat über die neuen Steuergesetze und die chemische Industrie gab Prof. Flechtheim-Berlin einen Überblick über die neuen Steuern des Jahres 1919 und ihre Lasten für die einzelnen Unternehmer der chemischen Industrie. Er besprach zunächst die Wirkungen der Steuergesetze einmaligen Charakters d. h. der Kriegssteuern und großen Vermögensabgabe auf physische Personen in ihrer Eigenschaft als Alleininhaber eines Unternehmens der chemischen Industrie oder als Teilhaber einer offenen Handelsgesellschaft oder Kommanditgesellschaft und sodann die Rechtslage der Aktiengesellschaft und Gesellschaft mit Haftung. Das Gesetz über die außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919 bezeichnete er als einen Abklatsch des Gesetzes über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1918. Nach dem vorherigen Gesetz sei der Mehrertrag nach einer Skala steuerpflichtig, die mit 5% begann und bei 200 000 M Mehreinkommen den Höchstsatz von 50% erreichte. Das neue Gesetz fasse das Mehreinkommen schärfer an. Es steige bei 300 000 M auf 60% und bei 400 000 M auf 70%. Jetzt gelte das Prinzip der Durchstaffelung d. h. es werde in den unteren Stufen auch bei höherem Einkommen auch der untere Steuersatz berechnet. Bei 100 000 M Mehreinkommen stelle sich z. B. der Durchschnittssatz auf 22½%, bei 500 000 auf 48%. Dieses Mehreinkommen werde außerdem von der Staatseinkommensteuer, von der Gemeindeeinkommensteuer und der Kirchensteuer betroffen. Ferner sei von dem gewerblichen Ertrag die Gewerbesteuer zu bezahlen. Bei den hohen Sätzen dieser Steuern könnte der Fall eintreten, daß die Gesamtbesteuerung des Mehreinkommens höher sei als das Mehreinkommen selbst. Um das zu verhüten, bestimme das Gesetz, daß, wenn die gesamte Besteuerung des Mehreinkommens mehr als 90% betrage, der überschüssende Betrag von der Kriegsabgabe abgesetzt werden könne, allerdings nur mit Zustimmung der obersten Landesbehörde. Es sei dies eine Beschränkung, gegen die sich der Handels- und Industrietag und der Reichsverband der deutschen Industrie vergeblich gewandt hätten. Die Kriegssteuer der juristischen Personen, insbesondere der Aktiengesellschaften und der Gesellschaften mit beschränkter Haftung, die in dem Gesetz über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919 enthalten sei, beziehe sich auf den Mehrertrag des 5. Kriegsjahres. Die Mehrerträge der ersten vier Kriegsgeschäftsjahre würden nicht noch einmal herangezogen. Es handle sich scheinbar um eine Begünstigung der Aktiengesellschaft vor den Einzelkaufleuten. Die Rechtfertigung liege darin, daß die früheren von der Steuer freigelassenen Gewinne entweder verteilt seien und dann bei den Aktionären erfaßt würden, oder sie seien nicht verteilt worden; dann hätten sie den Kurs der Papiere entsprechend günstig beeinflusst und seien insofern bei den Aktionären erfaßt worden. Im übrigen sei das neue Gesetz ganz nach dem Vorbild des Kriegssteuergesetzes vom 21./6. 1916 ausgestaltet.

Auf die große Vermögensabgabe näher eingehend, wies der Referent darauf hin, daß sie auch das alte Vermögen treffe. Sie solle dem Betroffenen durch einen Euphemismus schmackhaft gemacht werden. § 1 des Entwurfes laute: „Der äußersten Not des Reiches

opfert der Besitz durch eine nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu bemessende große Abgabe vom Vermögen (Reichsnotopfer). Die subjektive Abgabepflicht sei denkbar weit gefaßt, weiter als bisher je ein Steuergesetz gegangen sei. Es würden nicht nur die natürlichen und juristischen Personen des Privatrechts, sondern auch grundsätzlich die Körperschaften des öffentlichen Rechts mitbetroffen. Von diesen seien die Gliedstaaten und Gemeinden ausgenommen. Die im Entwurf vorgesehenen Ausnahmen für die Kirchen und die Reichsbank seien gestrichen, so daß auch sie abgabepflichtig seien. Für die Industrie sei von Interesse, daß von der Abgabepflicht frei bleiben die Handelskammern, Gewerbekammern und ähnliche öffentlich-rechtliche Berufsvertretungen, die Anstalten der reichsgesetzlichen Unfall-, Invaliden-, Kranken- und Angestelltenversicherung als auch sonstige Pensions-, Witwen-, Waisen-, Sterbe-, Kranken- und Unterstützungskassen. Auch den Ausländern und Auslandsdeutschen gegenüber sei die Abgabepflicht weit ausgedehnt. Das Opfer der Besitzer bestehe in einer prozentualen Abgabe vom Reinvermögen. Der Stichtag hierfür sei der Vermögensstand vom 31./12. 1919. Für Betriebe, bei denen regelmäßig jährliche Abschlüsse stattfänden, könne der Vermögensstand am Schlusse desjenigen Wirtschafts- oder Rechnungsjahres zugrunde gelegt werden, dessen Ende in das Kalenderjahr 1919 falle. Es stehe aber dem Steuerpflichtigen auch frei, eine Zwischenbilanz zum 31./12. zu machen. Er könne also den ihm günstigsten Zeitpunkt wählen. Das Vermögen selbst zerfalle in Grundvermögen, Betriebsvermögen und Kapitalvermögen. Von der Besteuerung blieben grundsätzlich Möbel, Hausrat und andere bewegliche körperliche Gegenstände frei, soweit sie nicht zum Grund- oder Betriebsvermögen gehörten. Steuerpflichtig sei nur der Besitz und der während des Krieges erfolgte Erwerb gewisser Schmuck- und Kunstgegenstände. Vom Aktivvermögen seien die Verbindlichkeiten selbstverständlich abzuziehen. Abgabepflichtig sei nur der den Betrag von 5000 M übersteigende Teil des Vermögens. Was die Bewertung der einzelnen Gegenstände einer Gesellschaft betreffe, so sei vom Reichsverband der Deutschen Industrie wie vom Industrie- und Handelstag verlangt worden, daß für die Bewertung des Vermögens eines gewerblichen Unternehmens für das Reichsnotopfer die handelsrechtlichen Bilanzgrundsätze maßgebend sein sollten. Dieser Antrag sei auch in der zweiten Fassung des Reichsnotopfergesetzes wieder zur Diskussion gestellt worden, und es sei dringend zu hoffen, daß er angenommen werde. — Unter den Gesetzen dauernden Charakters, welche sowohl direkte wie indirekte Steuern betreffen, erwähnte Prof. Flechtheim zum Schlusse seiner Darlegungen die neue Reichseinkommensteuer als Kernstück der direkten Reichssteuern. Unter den dauernden indirekten Steuern werde das neue Umsatzsteuergesetz die bei weitem größte Bedeutung haben. Das Gesetz bringe für die Industrie neben der finanziellen Belastung auch eine große Belästigung mit sich, insbesondere durch die weitgehende Verpflichtung zur Führung von besonderen Büchern und durch die Steuerübersicht. Die Begründung des Entwurfes rechne mit einem Ertrag von etwa 4 Milliarden M. Die Berechnung ruhe jedoch auf sehr unzuverlässiger Grundlage, da sich weder die Menge der zukünftig abzusetzenden Güter, noch deren Preisniveau auch nur einigermaßen übersehen lasse. Der Umsatz von Grundstücken unterliege einem besonderen Gesetz, dem Grunderwerbsgesetz vom 12./9. 1919. Eine eigentümliche, die Industrie berührende Bestimmung enthalte § 10 des Gesetzes, wonach die Steuer auch dann erhoben wird, wenn die im Eigentum von Personenvereinigungen stehenden Grundstücke 20 Jahre lang unveräußert bleiben. Die Grunderwerbssteuer werde hier also zu einer rein partiellen Vermögenssteuer, indem der Grundbesitz der juristischen Personen jährlich mit etwa 2%⁰⁰ extra, und zwar vom gemeinen Werte, zu versteuern ist.

Von den sonstigen neuen Steuern treffe die chemische Industrie direkt noch das neue Zündwarensteuergesetz, das eine wesentliche Erhöhung der Verbrauchsabgabe auf Zündhölzer, Zündkerzen, Feuerzeuge usw. bringe. Dieses Gesetz habe nur provisorischen Charakter, da spätestens bis zum 31./3. 1929 ein Herstellungsmonopol in Kraft treten müsse. Durch die Fülle der neuen Steuergesetze sei der Schwerpunkt der Steuerverwaltung für den einzelnen Staat auf das Reich übergegangen. Der jetzt der Nationalversammlung vorliegende Entwurf einer Reichsabgabenordnung enthalte Grundsätze über die Wertermittlung, die Erteilung und Festsetzung von Steuern, Rechtsmittel, Verfahren und Zwangsvollstreckung, die in manchen Punkten vom Standpunkt der Industrie zu den größten Bedenken Veranlassung gäbe. Es sei bedauerlich, daß dieser Entwurf in der Öffentlichkeit, insbesondere auch in den Kreisen der Industrie, nicht die Beachtung gefunden habe, die er verdiene. Dieses Gesetz werde jeden Steuerpflichtigen auf Schritt und Tritt begleiten. Es würde in Zukunft größere praktische Bedeutung haben, als z. B. die Zivilprozeßordnung; denn nicht jedermann habe Prozesse, aber jedermann werde Steuern zahlen müssen und bei dieser Gelegenheit nachträglich erkennen, welche Geisel hier für die Staatsbürger neu geflochten werde.

* * *

Die gesamten Referate der Tagungen ließen erkennen, welch schwerwiegenden Gegenwartsproblemen und Zukunftsaufgaben die deutsche chemische Industrie zur Zeit gegenübersteht. on.